

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

2 (3.1.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 8 spaltenweite Zeile kostet 10 Pfennig, für auswärts die 12 spaltenweite 15 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 6 Pfennig. Die 2 spaltenweite 45 Pfennig. Nach dem Tarif, der bei der Abrechnung des Jahresschlusses, bei gerichtlicher Zerschlagung und bei Annulla außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Primat und Wandern Sozialistisches Turnabolt / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. Diner Zahlung 4. Mark o. Durch Me. Bot 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheid 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021. o. Postfach-Konten: Durlach, Waldstraße 22. Baden-Baden, Friedrichstraße 26. Rastatt, Friedrichstraße. Offenburg, Centralstraße 7.

Nummer 2

Karlsruhe / Dienstag, den 3. Januar 1928

48. Jahrgang

Die Außenpolitik der Sowjetunion

Wenn man die Außenpolitik eines Staates über den Verlauf eines Jahres hin betrachtet, so wird man im allgemeinen stets Erfolge und Misserfolge gemischt finden und daraus keine Lehren ziehen können. Selten aber werden diese Lehren so eindeutig und klar sein, wie in der Außenpolitik der Sowjetunion für 1927. Man kann das Ergebnis kurz auf eine Formel bringen: Wo die Sowjetunion die Parteipropaganda der Weltrevolution in den Vordergrund gestellt hat, hat sie sich die besten Erfolge erlitten. Der Abbruch der Beziehungen mit England, die Rückschläge in China, die schließlich zu einem Massaker unter den zahlenmäßig schwachen chinesischen Kommunisten geführt haben, sind typische Beispiele hierfür. In der gleichen Richtung lag die nur mit Mühe abgehaltene Gefahr eines Abbruchs der französisch-sowjetischen Beziehungen. Sicherlich war es nur ein Vorwand für den französischen Chauvinismus und des sowjetischen Petroleumpatents in Frankreich, die Stellungnahme des Sowjetbotschafters, der sich mit dem andern Mitgliedern der kommunistischen Opposition für die Weigerung der kommunistischen Soldaten gegen ihre eigene Regierung ausgesprochen hatte, zum Anlaß zu nehmen, nicht nur auf die Entziehung Ratowitschs, sondern auch auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Frankreichs zur Sowjetunion überhaupt hinzuarbeiten. Aber es ist gerade charakteristisch, daß die Sowjetunion diesen Vorstoß nur parieren konnte, indem sie die tatsächlichen Notwendigkeiten über die Partei stellte, Ratowitsch fallen ließ, obwohl er nichts getan hatte, was nicht für jeden Kommunisten, ob Opposition oder Regierungspartei, selbstverständlich war, und um das Abgemacht für einen neuen Mann in Paris nachsuchte.

Die Niederlagen sind sämtlich Folgen des großen Ringens mit England, von dessen Angriffswilligkeit gegen die Sowjetunion man in Moskau fest überzeugt ist, und zwar solche Folgen, in denen man die kommunistische Partei als Werkzeug benutzte. Viel besser hat die Sowjetunion auch im tatsächlichen Kampf gegen England da abgeblieben, wo sie als Staat vorging und Verträge abschloß, wie den Handelsvertrag mit Letland und die Verträge und Abkommen mit Belgien, Dänemark, die die Klausel der Unterlassung jeder politischen Agitation der Außenstellen enthielt. In diesem tatsächlichen Ringen hat Moskau tatsächlich Boden gewonnen. Der zweifellos bestehende englische Plan, die Sowjetunion in Europa mit einem Ring von Randstaaten zu umgeben, die einer einheitlichen Direktion, in erster Linie der Führung eines England befreundeten Bolens folgen würden, dürfte nicht mehr zu verwirklichen sein. Außer Bolens selbst, das ein eigenes Interesse an der Durchführung einer derartigen Konstellation hat, ist jetzt nur noch Estland unbedingter Anhänger eines solchen Planes.

Die Außenpolitik der Sowjetunion ist freilich in einem weit übertriebenen Maß von einem Abdruck der englischen

Gefahr beherrscht. Dieses Motiv spielte im verflochtenen Jahr in der ganzen Weltpolitik Moskaus eine Rolle, auch wo es sich direkt gar nicht um England handelte. So werden z. B. auch die Beziehungen zu Deutschland ständig von dem Mißtrauen englischer Führung eintreten. Ein Mißtrauen, das die kommunistischen Blätter in der Sowjetunion selbst nur andeuten, dem aber die von Moskau im Ausland geleiteten Blätter, wie etwa die deutsche kommunistische Presse, unverhüllt und provozierend Ausdruck geben. Geht es um diese Politik des Mißtrauens und der Verdächtigung natürlich nicht. An dem festen Willen Deutschlands, keine einseitige Stellung einzunehmen, sollte auch in Zukunft kein Zweifel sein. Im übrigen macht man politische Geschäfte nicht mit Schmolzen und Vorwürfen, sondern mit realen Leistungen, d. h. nachdem Deutschland an seinen zu dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands beigetragen hat, sollte auch die Sowjetunion Deutschland in einem größeren Maße wirtschaftlich helfen.

Statt von Moskau aus dunkle Angriffe gegen Deutschland zu richten, wäre man besser, die deutschen Klagen über das Ausbleiben eines Aufschusses der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu berücksichtigen.

Auch die internationalen Ereignisse in der Außenpolitik der Sowjetunion im verflochtenen Jahre, ihre Beteiligung an den Abrüstungsdebatten der Völkerbundskommission, hängen mit der Englandpolitik in Moskau zusammen. Man will dort vertreten sein und mitreden, wo man annimmt, England an dem Ring gegen die Sowjetunion schmeidet. Trotzdem war der Entschluß Moskaus, nach Genf zu gehen, in Anbetracht der ständigen Hege gegen den Völkerbund zwar kläglich, aber richtig, wie die internationale Rezension zeigt. Außerdem hat die Sowjetregierung — wie jenseitig in Welt-Visionen — das Vergnügen, die restlose Durchführung moderner Prinzipien verlangen zu können, da sie weiß, daß die anderen dabei nicht folgen wollen oder können. Welchen Wert es für die Sowjetunion darüber hinaus hat, an diesem Mittelpunkt internationalen Lebens, wie Genf schon einmal ist, vertreten zu sein, zeigt die Unterredung Litwinows-Chamberlain und Litwinow-Briand.

Wo Moskau also als Staat aufgetreten ist und seine Staatsinteressen hat maßgeblich sein lassen, kann es mit Befriedigung auf das Jahr 1927 zurückblicken. Da zeigt sich denn deutlich, was das hemmende Element in dem Dualismus zwischen Staat und Partei in der Sowjetunion liegt: In der Beherrschung des Staatsapparates durch eine doktrinaire Parteigruppe, in der Schmierigkeiten, die der Staatspersönlichkeit der Sowjetunion durch die kommunistische Propaganda, die von Moskau ausgeht, bereitet werden; der Sozialismus ohne Demokratie ist auch außenpolitisch eine Erschwerung für den Aufstieg der Sowjetunion.

Sozialistisches Regiment in Braunschweig

Fort mit reaktionären Beamten — Mieterklub

Braunschweig, 2. Jan. (Eig. Draht.) Die sozialdemokratische Landesregierung setzt ihre Aktion zur Säuberung der oberen Verwaltungsklassen von reaktionären Beamten fort. Sie hat nun auch den Kommandeur der braunschweigischen Staatspolizei, Oberstleutnant Warden-Günning durch die im Staatspolizeibeamtengesetz vorgesehene Lösung des Dienstverhältnisses aus dem Amte entlassen. Der Oberstleutnant hatte im Untersuchungsamt des Landtages im vorigen Jahre sich so auffallend reaktionär benommen, und die Ergebnisse der Verhandlungen hatten ein so merkwürdiges Bild über den Kommandeur entrollt, daß damals selbst die braunschweigische Landesregierung ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gab.

Braunschweig, 2. Jan. (Eig. Draht.) Kurz vor Neujahr hat die sozialistische Regierung des Landes Braunschweig eine Neuzeilung der Mieten beschloß und Beschluß gefaßt, die zwar bei den Hausbesitzern einigen Born, bei den breitesten Bevölkerungsschichten aber höchste Anerkennung auslösen werden. Die schwarz-weiße Regierung hatte die Zwangswirtschaft für Geschäfte, Räume auf Betreiben der Hausbesitzer beendet. Das Ergebnis war eine teilweise unerhörte vierhundertprozentige Steigerung der Mieten für Läden und Werkstätten. Darüber leuchtete besonders der kleine Mittelstand.

Die Regierung selber hat jetzt durch eine Verordnung bestimmt, daß nunmehr Geschäftsräume wieder in die Zwangswirtschaft einbezogen werden. Die Mieter von Geschäftsräumen können nicht, wie bisher, von raschflüchtigen Hausbesitzern willkürlich gekündigt oder an die Luft gesetzt werden. Zugleich hat die sozialistische Regierung verordnet, daß nicht mehr bei der Berechnung der Wohnungsmieten zu dem gesetzlichen Satz noch die sogenannten Nebeneinkünfte (Treppenhauseinrichtung, Müllabfuhr, Schornsteinreinigung usw.) geschlagen werden. Sie sollen mit als zu den Betriebskosten gehörig, müssen aber vom Vermieter getragen werden. Nur das Wassergeld gilt als Nebeneinkunft und kann auf die Miete umgelegt werden. Jedoch kann in diesem Falle der Mieter die gesetzliche Miete um 3 v. H. der Nebeneinkünfte kürzen. Damit ist ein Teil des trafen Unrechtes, das die letzte Regierung verübt hat, bereits wieder gutgemacht worden.

Die Mietervereine hatten vor dem letzten Wahlkampf den Beschluß gefaßt, eine eigene Mieterliste aufzustellen. Auf Betreiben der Sozialdemokratie wurde dieser Beschluß wieder aufgehoben. Die Verordnung der sozialistischen Regierung hat nun gezeigt, daß die Wahrnehmung berechtigter Interessen von der Sozialdemokratie durchaus ernst genommen wird.

Außenpolitik der französischen Sozialisten

Paris, 2. Jan. (Eig. Draht.) Den von Paul Boncour auf dem sozialistischen Parteitag entwickelten außenpolitischen Thesen tritt Bromski im Populair sehr entgegen. Er weist auf die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kommission und insbesondere auf die Stellungnahme des französischen Parteitag zu den Friedensverträgen hin. Auf Grund dessen müsse man von den französischen Sozialisten erwarten, daß sie im eigenen Lande diplomatischen Aktionen, um die Politik der Revolution noch schwieriger zu gestalten, nicht so passiv gegenüberstehen. Es sei unbedenklich, daß die von den verschiedenen französischen Regierungen seit 1919 abgeschlossenen Sonderverträge mit der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Jugoslawien im wesentlichen der Aufrechterhaltung

des territorialen und politischen Status quo dienen sollen. Dadurch wird die Anwendung des Art. 19 des Völkerbundesstatutes zu einer friedlichen Abänderung der Schiedsverträge von allem Anfang an unmöglich gemacht. Die französischen Sozialisten dürfen aber nicht vergessen, daß sie auf ihrer Konferenz von Marseille gefordert haben, das Verbot des Art. 19 wirksam gestalten zu lassen.

Im übrigen habe die Partei schon 1919 den Versailles Vertrag abgelehnt und deutlich jene Bestimmungen hervorgehoben, die vom Standpunkt des Sozialismus aus am unannehmbaren sind, so die deutsche Ostgrenze, die Zerstückelung Russlands und das Anschlußverbot für Österreich. Aber gerade hinsichtlich dieser Fragen seien Sonderverträge zu Stande gekommen. Bromski hält es für notwendig, daß über diese Dinge Klarheit geschaffen werde und die Partei ihr außenpolitisches Programm den sozialistischen Forderungen und Grundgedanken anpasse.

Das Frauenwahlrecht in Frankreich

Paris, 31. Dezember.

Wenn Mitte Januar Kammer und Senat wieder zusammen treten, dann steht vor dem hohen Parlament die Frage des Frauenwahlrechts als einer der ersten Punkte auf der Tagesordnung. Der Ministerpräsident Poincaré hat der Pariser Rechtsanwältin Maria Berone (Voritzende der „Französischen Liga für Frauenstimmrecht“) bereits mitgeteilt, daß die französische Regierung beschlossen hat, sich vor dem Senat für das aktive und passive Wahlrecht der französischen Frauen einzusetzen, — allerdings einstweilen nur für die Wahlen zu den Stadtverordneten-Versammlungen.

Schon lobt der Protekt. Er kommt vor allem aus der „Demokratischen Linken“ des Senats. Das ist die Senatsgruppe der „Radikalen Partei“, welche im Senat den größten Einfluß ausüben vermag. Die Kammer hat längst ein Gesetz über das allgemeine Frauenwahlrecht angenommen, aber die alten Herren im Senat konnten sich bisher nicht dazu entschließen, den gleichen Weg einzuschlagen. Auf dem Kongress, den die „Radikale Partei“ im Oktober in Paris abhielt, hat die Frauengruppe der Partei erklärt, sie beantragte als erste Frauenwahlrecht für die Stadtverordneten-Versammlungen. Aber selbst diese beschriebene Bitte wurde der Frauengruppe abgelehnt, obwohl diese sehr richtig darauf hinwies, daß eine derartige Ablehnung eines wichtigen liberalen Grundsatzes kein gutes Mittel sei, um linksstehende Frauen gerade der „Radikalen Partei“ nahe zu bringen und daß es schon allerhand Mut koste, überhaupt noch eine Partei zu verteidigen, die bisher nicht das Mindeste für die Frauen getan hat.

Man weiß auch in der „Radikalen Partei“ gern darauf hin, daß in der Erklärung der Menschenrechte nach der französischen Revolution von 1789 das Wort „Bürger“ (alle Bürger sollten vor dem Gesetz gleich sein) nicht bedeute, daß Mann oder Frau nicht die gleichen Rechte in der Staatsverwaltung haben, aber wohl die gleichen Pflichten bei der Steuerzahlung oder bei der Mobilisation zum nächsten Kriege. Besonders auf ihre Mutterpflicht gegenüber den Kriegstreibern weisen die linksstehenden französischen Frauen hin. Eine Propagandistin der „Liga für Frauenaktion“ verteilte im vorigen Jahr auf der Straße in der Nähe des Pariser Rathauses einen Aufruf gegen das Kaufen von Bleisoldaten. Eine Mutter, die den Aufruf gleich überlas, mußte daraus einen Ball und warf ihn der Verteilerin zurück, wobei sie zu ihrem Sohn sagte: „Dein Vater war im Kriege. Da fannst Du, wenn es sein muß, auch rubia hingeben“. Seitdem hat die „Liga für Frauenaktion“ eine starke Propaganda gegen den Verkauf von Bleisoldaten in Frankreich organisiert. Noch vor Weihnachten vorigen Jahres schrieb sie an alle großen Geschäfte von Paris und bat um Einstellung des Verkaufs von Kanonen, Munition und so weiter. Ein einziger Warenhausdirektor antwortete, aber nur um zu sagen, die Rolle der Kaufleute bestehe darin, ihren Kunden Rechnung zu tragen. Die Liga war durch die Antwort nicht entmutigt. Sie wandte sich nun direkt an die Fabrikanten und eine genaue Ueberwachung der Geschäfte hat ergeben, daß man es nicht nötig hat, wie die amerikanischen Frauen, die betreffenden Geschäfte einfach zu plündern, sondern daß die Kaufleute bald ihr Lager schnell abarbeiten lüchten und nur noch sehr geringe Nachlieferungen vorliefen.

Nicht nur wegen des größeren Friedenswillens der Frauen, sondern auch deshalb, weil diese ein erster Faktor bei der Neuordnung der sozialen Verhältnisse sein können, tritt die französische sozialistische Partei einmütig für das Frauenwahlrecht ein, und zwar für das vollständige, das sich nicht auf die Stadtverordneten-Versammlungen angrenzt beschränkt. Einige vorsichtige Stimmen weisen warnend darauf hin, daß die in Frankreich noch sehr unter dem Einfluß der katholischen Pfarrer stehenden Frauen viel eher für die Reaktion als für den Fortschritt eintreten werden, weshalb übrigens auch die Rechtsparteien ihr eifriges Verfechten des Frauenstimmrechts in Frankreich geworden sind. Aber selbst auf diese Gefahr hin haben die französischen Sozialisten den Mut — und Leon Blum betonte das erst eben wieder in einem Leitartikel des „Populaire“ —, das Prinzip des Frauenwahlrechts baldigst in die Praxis ganz umgekehrt setzen zu wollen. „Das ist eine Revolution! Da überläßt man das Schicksal der französischen Republik einem Würfelspiel“, schreibt wörtlich der radikale „Homme libre“, und doch haben die stalinistischen Länder, hat Australien und Neuseeland diese Reform schon als erste nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgeführt, ohne daß man von einem Umsturz der sozialen Verhältnisse bisher etwas gehört hätte. Aber die 350 000 Frauen, die in den verschiedenen französischen Frauenstimmrechtsorganisationen tätig sind, werden noch manche harte Arbeit haben, bis sie sich am Ziel ihrer Bestrebungen sehen.

Kurt Lena.

Eis- und Ueberschwemmungsgefahren

Aus den verschiedensten Teilen des Reiches wird, wie aus allen Gegenden Europas wachsende Eis- und Ueberschwemmungsgefahren gemeldet. Elbe und Rhein sind stark vereist, wodurch die Schifffahrt auf beiden Flüssen brach gelegt ist. Auch die Donau gleicht nach den hier vorliegenden Meldungen einer riesigen Eiswüste. Die niederösterreichische Stadt Sainburg ist dadurch katastrophal gefährdet. Alle Versuche, die in der Nähe dieser Stadt lagernde ungeheure Eisbarriere durch Sprengungen zu lockern und dem Donauwasser Abfluß zu sichern, sind bisher völlig ergebnislos geblieben, jedoch die Gefahr einer katastrophalen Ueberschwemmung besteht. Aus Bosnien wird sogar gemeldet, daß wegen der dort herrschenden Kälte und den Bereschörungen, die diese mit sich bringt, eine Hungersnot ansgebrochen ist.

Hungersnot in Bosnien und der Herzegowina

Gras, 2. Jan. Die Tagespost meldet aus Mostar: Wegen der Schneeverwehungen in einigen Gebieten Bosniens und der Herzegowina ist eine Hungersnot ausgebrochen. Der Kreiolsch von Mostar hat in seiner heutigen Sitzung für die Versorgung dieser Gebiete einen Betrag von 500 000 Dinar bewilligt. Es ist aber fraglich, ob die bedrohten Gebiete mit Lebensmitteln versorgt werden können, weil der Verkehr noch immer erschwert ist.

Schachergeschäfte am Mittelmeer

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Saida, Ende Dez. (Eig. Bericht.)

Das Raunen, das über Verschiebungen im europäischen Mandatsbesitz am Mittelmeer im Gange ist...

Ganz freiwillig wird der Verzicht Frankreichs auf Syrien nicht erfolgen. Wenn Frankreich in Syrien schon mehr Blut und Geld gelassen hat...

Diese Pläne gegen den heiligen Geist der politischen Vernunft wirken seit der Mandatsübernahme Frankreichs über Syrien weiter fort...

Die Beschleunigung der französischen Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Verzichts auf Syrien kommt daher in der Hauptsache von außen...

Italiens Propagandaarbeit im mittleren Osten ist auf lange Sicht eingestellt und seine Tätigkeit in Palästina ist ein Schicksal dafür...

enden politischen und religiösen Kräften zu gewinnen. Obwohl er mit dem Odium belastet nach Palästina gekommen ist...

England sieht diesem Treiben vorläufig noch mit Ruhe zu. Zunächst weiß in diesem Spiel keine ernsthafte Gefahr für seinen Einfluss in Palästina zu bestehen...

Ein für Zeitungsredakteure sehr wichtiges Urteil fällt heute die große Strafkammer in Berlin. Ein Zeitungsredakteur hatte eine Sondernummer des Völkischen Beobachters verkauft...

In Nr. 302 des Kreisblattes und Generalanzeigers für Kreis Opatowitz und des Wusterhausen Anzeigers findet sich folgende Notiz: Flator (Opatowitz), 23. Dez. Uebertritt des Roten Frontkämpferbundes zum Stahlhelm...

Werbt für Wahrheit und Recht! Werbt für unseren Volksfreund!

Ein völkischer Lummel

Mit großer Mehrheit hat der bayerische Landtag vor einigen Wochen den antisemitischen Bitterschiedsvertrag...

Am 2. Januar 1928 beginnt Heinrich Lorenz (Samburg) sein 25jähriges Jubiläum als Geschäftsführer der Grobentlaufs-Gesellschaft...

Genossenschaftsbewegung. Heinrich Lorenz 25 Jahre Geschäftsführer der Grobentlaufs-Gesellschaft Deutscher Konjunkturvereine m. b. H.

Gerade auf diesem Gebiet aber liegt ein auf Steid der erfolgreichen Tätigkeit des Jubilars, dem die Vorkamerherstellung nicht nur besonders zweckdienlich, sondern auch besonders aus Herz gemachten war...

Schweres Blut

Roman von Jubani Abo (Nachdruck verboten)

Einer von denen war er? Von den Schmeißla! Von der arabischen Kaufmannsfamilie Kareliens, von den Waldläufern...

Nach einer Weile hörte man die Männer zurückkommen, in lautem Gespräch, in guter Laune, Schmeißla mit einem Ranzan auf dem Rücken...

Sache mit noch keine zugelegt. So, nicht? Mußt ihr eine nehmen. — War verdammt fein, dein Schnaps!

Theater und Musik

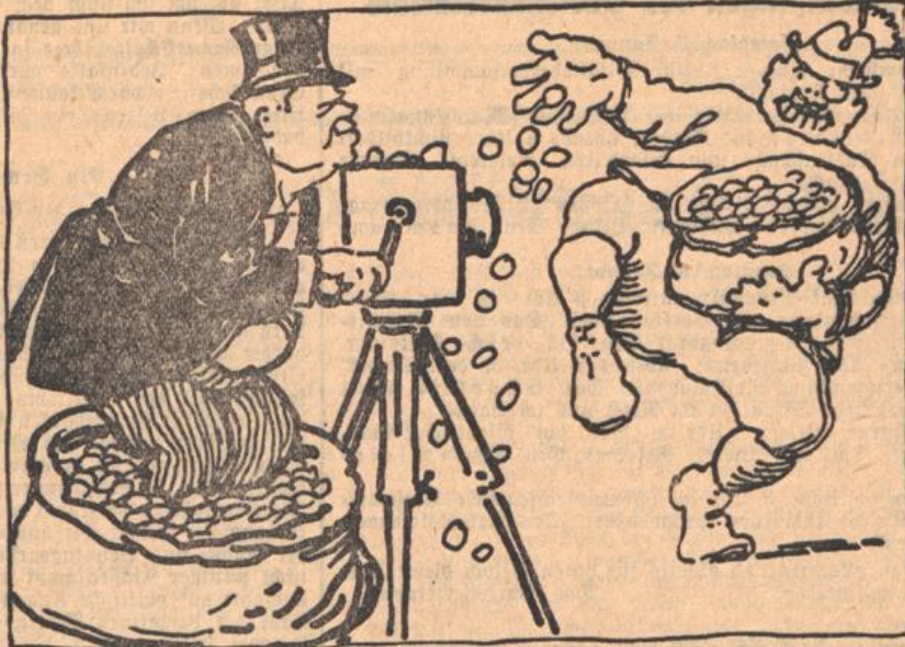
Städtisches Konzerthaus

Mit dem „Kaus der Sabinerinnen“ von Franz und Paul von Schönthan beschloß man das alte Jahr. Der Reiz hätte besser sein dürfen. Das alte reizende Stückchen von Technisch vorzüglicher Machart ist...

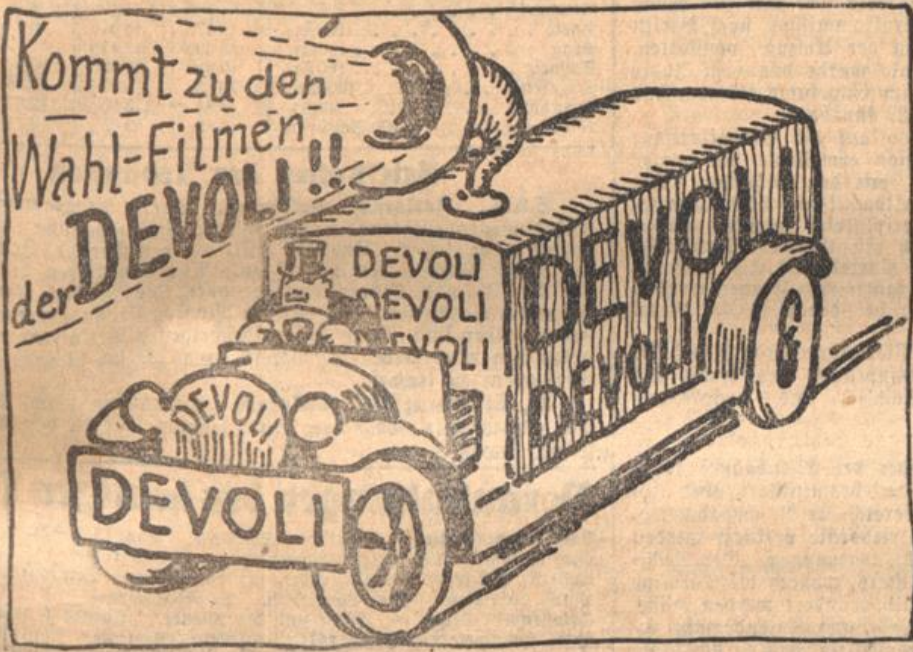
„Devoli“



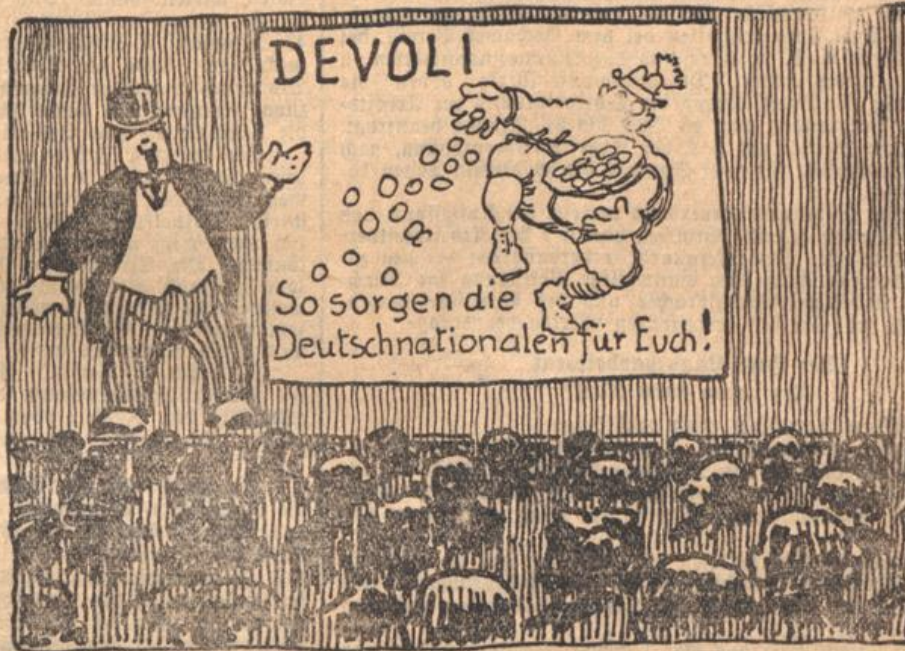
Es war einmal eine Inflation,



und es kam ein Haufen Geld zusammen, mit dem sich allerlei schöne Filme drehen ließen,



und wenn die Filme jetzt im Laufe herumreifen,



werden alle, die ihre Spargroschen los geworden sind, kolossal gerührt sein, sie in dieser Form wiederzusehen!

Unser Geld!

Freistaat Baden

Der Herr Abgeordnete Seubert in Endingen

Herr Landtagsabgeordneter Seubert läßt uns folgende Zuschrift ausgeben:

In Nummer 295 des Volksfreund polemisiert Herr Abg. Dr. Engler gegen mich, weil ich in einer Rede zu Endingen am Kaiserstuhl ihn dafür verantwortlich gemacht hätte, daß mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen in Baden noch nicht begonnen sei. Ich bitte Sie um Aufnahme folgender Feststellung:

Die von Herrn Abg. Dr. Engler bekämpfte Stelle wegen der Elektrifizierung der Eisenbahnen hat etwa — ich habe ganz frei gesprochen — gelautet: Wenn wir heute in Baden noch nicht sehr weit mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen sind, so trägt daran die Schuld der ehemaligen Arbeitsminister Dr. Engler, der es ja abgelehnt hat, die Reichsbahn an den Oberberrheinwerken und dem Schlusseevers zu betreiben. Hätte er damals die Reichsbahn zugelassen, so hätte sich diese auch zur Stromabnahme verpflichtet müssen und sie hätte dann ein Interesse daran gehabt, eben um diesen Strom zu verkaufen, die Bahnen in Baden zu elektrifizieren. So wissen wir heute nicht, ob und wann bei uns mit der Elektrifizierung begonnen wird. Die Bayern waren weitfortschrittlicher. Sie haben die Eisenbahn an ihren Werken beteiligt und nun wird an der Elektrifizierung dort mächtig gearbeitet usw.

Diese Ausführungen sind von mir keine „Lüge“ und sind auch nicht aus „den Fingern gelesen“, wie der Herr Abg. Dr. Engler meint, sondern sie sind das Ergebnis einer Besprechung im Haushaltsausschuß, bei der der frühere badische Finanzminister Dr. Köhler diese Ausführungen ohne Namensnennung machte. Auch auf eine von mir präzis gestellte Frage, wer der Schuldige sei, lehnte er es ab, den Namen zu nennen. Aber aus einem „vorbürgerlichen“ Zwischenruf eines führenden Abgeordneten der Sozialdemokratie, stand fest, daß dies in der Ministerzeit des Herrn Abg. Dr. Engler geschehen, er also der Verantwortliche war. Daß das Arbeitsministerium auf eine Anfrage des Reichsverkehrsministeriums im Jahre 1922, also in der Ministerzeit des Dr. Engler, wegen Beteiligung an dem Oberberrhein- und Schlusseevers ein gütliches Nein erteilte und daß daraufhin alle Verhandlungen bis in die neueste Zeit ruhten, habe ich mich auch jetzt wieder von Herren, die es wissen können, bestätigen lassen.

Ich würde bedauern, wenn ich gegen einen Abgeordneten, gar gegen den Herrn Abg. Dr. Engler, eine Unwahrheit gesagt hätte und ich würde sie sofort zurücknehmen. Allein wenn Mitteilungen, wie ich sie angegeben, widerstandslos auch im Beisein von prominenten und wissenden Abgeordneten der Sozialdemokratie gemacht werden, darf ich sie doch als feststehend auch gelegentlich einmal in einer Rede verwenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Abg. Seubert.

Zu dieser Berichtigung schreibt uns Gen. Dr. Engler: Herr Seubert macht in einigen Punkten unrichtige und beruft sich in der Hauptsache auf den früheren badischen Finanzminister Dr. Köhler, der im Haushaltsausschuß in nicht mißzuver-

stehender Weise mich als den Schuldigen bezeichnet habe. Ueber jene Haushaltsausschuß wurde auch mir berichtet, ich habe darauf den Herrn Dr. Köhler befragt und er hat mir erklärt, er hätte das, was jetzt auch Herr Seubert behauptet, weder gesagt noch auch nur andeuten wollen.

Dies will ich nur nochmals mit aller Deutlichkeit feststellen, daß jederzeit ein Vertreter der Reichsbahnen die Frage stellte, wie es mit einer Beteiligung der Reichsbahn an dem Badenwerk stünde. Diese Beteiligung wurde als unmöglich bezeichnet, weil nach dem Badenwerkgesetz niemand als der badische Staat Aktien haben könne, als unerwünscht, weil an der badischen Stromversorgung nicht Kreise mit ganz anders gearteten Interessen beteiligt werden sollten. Dieser Standpunkt ist bis in die letzten Tage von allen Ministern vertreten worden. Eine Beteiligung an Kraftwerkbauten kam damals nicht in Frage, weil gar kein baureifes Projekt vorlag.

Vergleiche mit Bayern sind schief. Soweit die Stromverteilung dort in Frage kommt, ist weder das Reich noch die Reichsbahnen beteiligt, dagegen ist das Reich und die Reichsbahnen an Kraftwerken beteiligt. Dabei ist aber zu beachten: Bayern hatte nach dem Kriege baureife Projekte, wir nicht, und daran ist kein Minister der Nachkriegszeit schuld. Bayern konnte in der Inflation bauen und konnte der Reichsbahn in Zeit der Kohlennot Stromlieferungsverträge vorlegen. Diese Stromlieferungsverträge und nicht die Beteiligung ist ausschlaggebend. Dann waren in Bayern auch die von der Reichsbahn geforderten bahntechnischen Voraussetzungen gegeben. Außer der Unmöglichkeit in Baden, damals der Reichsbahn Strom anbieten zu können, kommt noch in Betracht, daß die Reichsbahn in Baden aus den gleichen Gründen nicht elektrifiziert, wie an anderen Stellen Deutschlands. Es hat noch nie einen Zeitpunkt gegeben, in dem der Reichsbahn ein im Bereich der Möglichkeit gelegenes Angebot hätte gemacht werden können, um die Elektrifizierung der Bahnen zu erreichen, wer etwas anderes behauptet, läßt, demütigt oder leichtfertige. Selbst durch die Bereitstellung namhafter Beträge aus den Mitteln für produktive Erwerbslosenfürsorge konnte die Sache um keinen Schritt vorwärts gebracht werden. Auch in den Gegenden, wo das Reich eigene Kraftwerke hat, und nur mit Verlust den Strom abgeben kann, wird nicht elektrifiziert.

Unter der Verantwortung der badischen Regierungsparteien und unter Zusammenarbeit der Geschäftsleitung des Badenwerkes, der Regierung und des Landtages, ist in der Elektrizitätswirtschaft vorzügliches geleistet worden. Das Bedeutendste dabei ist, daß die gegebenen Möglichkeiten, recht stark an der Stromverteilung beteiligt zu werden, ausgenutzt wurden; daran hat das Hauptverdienst der Oberbaureis Dr. Helme. Ohne die Beteiligungswünsche Baden mit seinen Kraftwerken vor den gleichen Schwierigkeiten wie Bayern und Preußen. Man sollte angesichts solcher Erfolge endlich davon absehen, mit unwahren, nur dem Agitationsbedürfnis seiner Geister dienenden Geschichten, den Gesamterfolg zu verkleinern.

Der Erklärung des Genossen Dr. Engler fügen wir folgendes hinzu: Als der Reichsbahnpräsident Dr. Dorpmüller in Karlsruhe weifte, wurde in einer Pressebesprechung vom Genossen Reichstagsabg. Schöpflin die Frage gestellt,

warum z. B. die Elektrifizierung der Schwarzwald- und Hölentalbahn nicht versucht bzw. durchgeführt werde. Herr Dr. Dorpmüller antwortete, technische Schwierigkeiten wie die geringe Höhe der Tunneln usw. verbieten die Elektrifizierung, aber auch starke finanzielle Bedenken seien vorhanden. Aus dem letzteren Grunde könne auch die Elektrifizierung der ganzen Strecke Frankfurt-Basel nicht so rasch erfolgen, wie es in Baden gewünscht werde. Auch aus dieser Antwort Dr. Dorpmüllers ist ersichtlich, daß Herr Seubert unberechtigte Vorwürfe gegen den Genossen Engler erhoben hat.

Redaktion des Volksfreund.

Aus dem Reichsbahnbauprogramm

Dem Reichstage ist soeben eine Zusammenstellung der für ein Reichsbahnbauprogramm 1927 beantragten Bahnbauten zugegangen, die für den Freistaat Baden folgende von der Landesregierung unterstützte Nebenbahnbauvor schläge enthält:

Bau einer 15,6 Kilometer langen Bahn zwischen Bretten und Rührbach für 1,8 Millionen Reichsmark. Erichung einer 10 Kilometer langen, die Orte Osterburken und Merchingen verbindenden Nebenbahn, deren Kosten man auf 2,3 Millionen Reichsmark schätzt.

Unterstützung findet ferner der Plan, von Titisee, Seebrugg nach St. Blasien eine 10,7 Kilometer lange Nebenbahn zu führen, deren Erichung etwa 9,8 Millionen Reichsmark kosten dürfte.

Schließlich findet noch der Bau einer Linie zwischen Hardheim und Königheim Unterstützung, die 17,7 Kilometer lang ist und etwa 3,74 Millionen Reichsmark an Baukosten erfordern dürfte.

Gemeindepolitik

* Redargemünd. In der letzten Bürgerausschussung wurde durch Probeabstimmung festgestellt, daß der Gemeinderat einmütig die Gasversorgung Redargemünds durch das Heidelberger Gaswerk befürwortet. Das Heidelberger Gaswerk verhandelt seit einiger Zeit mit mehreren Nachbargemeinden wegen der Ferngasversorgung und es ist zu erwarten, daß im Laufe des kommenden Jahres mehrere Lieferungsverträge abgeschlossen werden. Nachdem der Heidelberger Stadtrat in seiner letzten Sitzung einen Gasfernlieferungsvertrag mit der Stadt Redargemünd genehmigt hat, geht Redargemünd als erste Gemeinde diesen Weg.

Das Reisen ist heute so bequem und macht doppelte Freude, wenn man keine Fahrkarte, Platzkarte oder Schlafwagenkarte im Vorverkauf beim Uobereisenbüro Goldfarb hier, Kaiserstraße 181, kauft. Man vermeidet dadurch das lange Anstehen an den Bahnhaltern im Hauptbahnhof und zahlt für die Karten auch keinen Pfennig mehr als bei der Bahn selbst. Zudem erhält man im Reisebüro Goldfarb für die meisten größeren Städte und bedeutenderen Kurorte Prospekte und Führer gratis. Warum also diese Karte bei den Reisevorbereitungen, wenn man alles in Ruhe schon einige Tage vorher durch das Reisebüro Goldfarb ohne die geringsten Mehrkosten erledigen kann! Siehe die Anzeiger in der heutigen Ausgabe!

Residenz-Lichtspiele Waldstraße

Heute:
Mein Leben für das Deine

In der Hauptrolle:
Die schönste Frau Italiens
Franziska Bertini!

Der Weiberfeind
Grotteske in fünf Akten

Im Reich der Gemen, Kulturfilm

Das Neueste und Interessanteste aus aller Welt

Badisches Landestheater

Dienstag, d. 3. Januar
*G 13 Th.-Gem. 401-1550

Die Macht des Schicksals
von Berthold Viertel
Musik: Leitung: Hof. Krebs
In Szene gesetzt von Otto Kraus

Mariajose Bucherpietist
Leonore von Hartung
Don Carlos Rühr
Alvaro Reinhold
Mater Vogel
Wrestonia Schier
Trabuco Saulbitter
Alcalde Arch
Garrigues Gröbinger
Garrigues Burggraf
Tanz einstudiert von Edith Vielesfeld

Anfang 194. Uhr
Ende 224. Uhr
I. Rang u. I. Oberlog. 7 RT

Mittwoch, den 4. Januar
nachm. 8 Uhr
Die Weiße ins Schwarzenland.
Abends
Cavalleria rusticana.
Serafin Der Walzger.
Donnerstag, den 5. Januar
Ein besserer Herr.

Sängerbund Vorwärts
Durlach.
Diefe Woche
Wiederbeginn
der regelmäßigen
Singstunden
und zwar jeweils 8 Uhr
Donnerstags
Freitag 8 Uhr
Sonntag, 8. Januar
nachmittags 4 Uhr
beginnend

Generalversammlung
im Lokal „Zum Stamm“
Das Erscheinen aller
miter Mitglieder ist un-
bedingt erforderlich.

Voranzüge
Samstag, 21. Januar,
großer Maskenball
in der Festhalle.
Der Vorstand.

Eintrachtsaal

Mittwoch, 4. Januar, 8 Uhr abends
Konzert von Schülerinnen der
Kammersängerin

MARY V. ERNST

Große Arien aus: Figaro (Gräfin),
Freischütz (Agathe), Barber (Rosine),
Lakme, Atrikanern (Selica), Gleich-
chen des Eremiten u. a. Lieder von
Brahms, Schubert, Franz; Duette
Schlusszene aus Rosenkavalier.

Karten zu Mk 3.50, 2.50, 2.— 1.50 inkl.
Steuer bei der Konzertdirektion

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39, Tel. 2577

Wollen Sie
wirklich eine gute
Dauer-Existenz

dann wenden Sie sich an uns Wir suchen
für Baden und Württemberg Damen und
Herren zum Betrieb von Textilwaren an
Arbeits- Reichhaltige Musterkollektion wird
gehellt. Solche Produktionen. Bewerber
belieben Offerte einzuweisen an

Daniel Kölich, Karlsruhe
Postfach 75 a 506
Generalbetriebs der Firma Bremer & Co.
Dresden.

Pfannkuch

Billige
Käsewoche

Einige Wagons direkt aus den
Produktionsgebieten eingetroffen

Handkäse 4 Stk. . . 1.80
3 Stk. . . 0.10
Goldgelbe Ware . . 10 Stk. 0.32

Limburger
extra feine
Ware, 1/4 Pfund . 0.16

Romabour
1/4 Pfund . . 0.78
ca. 3/4 Pfund . . 0.20

Altgäner Münsterkäse
1/4 Pfund . . 1.35
1/2 Pfund . . 0.25

Echter Elb. Münsterkäse
40 % 1/4 Pfund . . 1.55
1/2 Pfund . . 0.40

Edamer-Käse 1/4 Pfund . 1.35
30 % 1/2 Pfund 0.35

Schweizer Emmentaler
großel. Ware 1/4 Pfund . . 1.05
1/2 Pfund . . 0.50

Emmentaler ohne Rinde
Camembert
Kräuterkäse 917

Sie erhalten auf alles
Rabattmarken.

Pfannkuch

Badisches Landestheater

Dienstag, d. 3. Januar
*G 13 Th.-Gem. 401-1550

Die Macht des Schicksals
von Berthold Viertel
Musik: Leitung: Hof. Krebs
In Szene gesetzt von Otto Kraus

Mariajose Bucherpietist
Leonore von Hartung
Don Carlos Rühr
Alvaro Reinhold
Mater Vogel
Wrestonia Schier
Trabuco Saulbitter
Alcalde Arch
Garrigues Gröbinger
Garrigues Burggraf
Tanz einstudiert von Edith Vielesfeld

Anfang 194. Uhr
Ende 224. Uhr
I. Rang u. I. Oberlog. 7 RT

Mittwoch, den 4. Januar
nachm. 8 Uhr
Die Weiße ins Schwarzenland.
Abends
Cavalleria rusticana.
Serafin Der Walzger.
Donnerstag, den 5. Januar
Ein besserer Herr.

Sängerbund Vorwärts
Durlach.
Diefe Woche
Wiederbeginn
der regelmäßigen
Singstunden
und zwar jeweils 8 Uhr
Donnerstags
Freitag 8 Uhr
Sonntag, 8. Januar
nachmittags 4 Uhr
beginnend

Generalversammlung
im Lokal „Zum Stamm“
Das Erscheinen aller
miter Mitglieder ist un-
bedingt erforderlich.

Voranzüge
Samstag, 21. Januar,
großer Maskenball
in der Festhalle.
Der Vorstand.

KURZWAREN
und
Reste

von Dienstag bis Freitag

Verkauf im Lichthof!

Seidenstoff-Reste
Japan-Waschd., Crêpe de chine, Crêpe Georgette

I	II	III	IV
0.75	1.50	2.50	4.00

Baumwoll-Reste
Schürzenstoffe, Flanelle, Schirting, Bett-Damaste

I	II	III	IV	V
0.50	0.75	0.95	1.25	1.75

Kleiderstoff-Reste
einfarbig und gemustert

I	II	III	IV
0.95	1.50	2.50	4.50

Mantelstoff-Reste
auch mit Abseite

I	II	III
3.00	4.00	6.00

Linden-Samt-Reste schw. u. farb. M. 4.25
Waschsamt-Reste Meter 1.95
Frottierstoff-Reste für Badetücher und Mäntel
Satin-Reste einfarbig Meter 0.75

Rehgarn Rolle à 50 Gr 0.30
Leinwand Stern 0.10
Zentimeter-Maße 150 cm lang Stück 0.09
Kopierblätter Stück 0.10
Kurzwaren-Tüten Stück 0.50 0.25
Perlmutterknöpfe 4 Dtz. sortiert Karte 0.25
Strickwolle, schw. u. grau 50 Gramm 0.48 0.33
Strickwolle, schw., grau, braun, beige 50 Gr. 0.55
Sportwolle in jed. Farbe 50 Gramm 0.60 0.48
Straußenwolle in vielen Farben Knäuel 0.30

Spitzen und Stickereien

1 Posten Stickerei-Reste äußerst billig

Unterrock-Volants mod. Muster 0.95 0.65
Stickerei-Einsätze für Bettwäsche in Rosen- u. Gittermustern m. 0.95 0.75
Barmer Posten Mtr. ab 0.03
Hemd-Passon m. Klöppel- spitzen oder Stickereien gam. Stück 0.45 0.35 0.18
Ein Posten **Tüll-Spitzen** ecrt und creme, 35 bis 60 cm lang, Mtr. ab 2.50
Klöppelspitzen und Ein- sätze Meter ab 0.08
Bunte Besatzborden Meter ab 0.25

KNOPF

Nach Verzicht auf meine Zulassung
beim Landgericht Karlsruhe bin ich als
Rechtsanwalt beim Oberlandesg richt
KARLSRUHE zugelassen worden.

Dr. Karl Abenheimer
Rechtsanwalt

Wir üben die Praxis gemeinsam aus
Dr. Friedrich Fürt, Dr. Karl Abenheimer
Rechtsanwälte beim Oberlandesgericht Karlsruhe
Kaiserstraße 229 915

Warum
suchen Sie nicht den Kundenkreis unter
Kopf- und Handarbeitern zu erweitern?

Dies zu erreichen wird Ihnen ein leichtes
durch Ankündigung im weitverbreiteten

Volksfreund

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Waldstr. 28, Tel. 7020-21

Fordern Sie bitte unseren Inserententari!

ASTHMA
Chron. Bronchialkatarrh, Verklebung
der Atmungsorgane u. veraltet. Husten

1 Jahre schwer daran gelitten, alle verordneten Mittel
waren erfolglos, bis ich selbst ein Pulver zum Ein-
nehmen erfinden habe, das mir sofort geholfen.
Herztl. empfohl. Tausende v. Dankschreiben.

Jeder Leidende erhält bei Einfind. von 4.105 (Brief-
marken) eine Probe durch meine Versand-Poststelle
ungefähr, damit er sich vom Erfolg selbst überzeugen
kann.

Paul Breitkreuz, Berlin SO 36. 909

Arbeiter! Werbet für unsere Zeitung!

Umtliche Bekanntmachungen

**Gemeinde- und Kreissteuer aus
Grund- und Gewerbevermögen sowie
G-Bäudesteuer betr.**

Die Pflichtigen werden aufgefordert, die Dezenber-
raten der Gemeinde- und Kreissteuer sowie der
Gebäudesteuer bis längstens 5. Januar 1928
zu entrichten. Wer bis zu diesem Zeitpunkt keine
Steuerzahlung nicht befreit, hat 10 v. d. Veranlag-
ung zu entrichten und außerdem Zwangsver-
steigerung zu erwarten.

Karlsruhe, den 2. Januar 1928.
Stadthauptamt.

**Wir suchen zum sofortigen Eintritt
Lehrlinge**
für folgende Berufe:
Gärtner, Metallschleifer, Farmer, Holz- und Wagen-
schmiede, Kupferschmiede, Bauschlosser, Flechtler und
Zusatzleute, Sattler, Wollwäcker, Banlenleutner,
Kaufleute für Büro und Verkauf, Schneider, Holz-
dreher, Bogner, Wäfer, Metzger, Schneider, Holz-
macher, Zahntechniker, Glaser, Photograph, Zeichner

Außerdem suchen wir auf sofort für einen jungen
Mann, der in der Metallbranche gelernt hat, eine
Volontärstelle auf einem Zeichenbüro
zwecks Berufsumstellung.

Arbeitsamt Karlsruhe
Abt. Berufsberatung und Beschäftigungsmittlung
für Knaben: Bahngüterstraße 45, für Mädchen:
Gartenstraße 53, Fernsprecher: 6270-74. Schich-
tunden: Montag bis Freitag 4,3-6 Uhr, Samstag
8-12 Uhr vormittags.

Zuschneide-Kurse
für die gesamte Damenbekleidung
Tages- und Abendkurse
Fachgemäße Ausbildung

J. Baulchlicher, Gartenstr. 8a
Auskunft kostenfrei Mäßige Preise

Angelkarten mit Köderhamen
für Altrhein-Rapenbüchle nebst
je ein Seem und weiteren Fisch-
wässern mit Janber, Seede,
Karpfen, Schlei, Hal, Saich,
Bardun und Weißfische. Preis 10
bis 20 Mark. Auskunft bei der

Fischerei-Vereinigung E. D.
Karlsruhe-Daglanden, Hebrstr. 15

Druckarbeiten aller Art liefert schnell die
Verlagsdruckerei
Volksfreund G. m. b. H.

Weltkino
Kaiserstraße 133

Ab heute
die neue große Erstausführung
**Die Fremdeingasse
von New York**

Ein Film aus dem New Yorker
Einwandererquartier

in 7 fabelhaften Akten

Ein ungemein fesselndes Bild
voll Humor voll Tragik voll
atemberaubend. Sensationen
voll Anfang bis Ende.

Gutes Beiprogramm

Jugendliche haben
Zutritt! 919

KAMMER-LICHTSPIELE
Kaiserstr. 168 Tel. 3053 Haltestelle Hirschstraße

zeigt ab heute
aus der Reihe der neuesten
russisch Großfilme der neuen
Produktion als ersten das über-
aus interessante historisch ge-
tuelle Filmwerk 920

**Die Tragödie
Alexander Puschnik**
(Zar und Dichter)

Das interessante Gesellschafts-
leben am prunkhaften Zaren-
hof, wichtige Massenszenen,
diskrete Liebesabenteuer und
Intrigue

Emekawoche Kulturfilm
**Demjan Burman / Joe Rock in
Joes Familienglück**

Vorstellung um 8.30 5 7 u 9 Uhr